

**TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Sitzungsverlauf:**

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 15.12.2005 wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Vom Kauf des Anwesens Luisenstr. 21 wird abgesehen, da keine Notwendigkeit für eine Verbindung von der Leopoldstraße zur Schulstraße besteht.

Über die Klausurtagung am 21.01.2006 wurde in der Presse berichtet.

**TOP 2 Fragestunde**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Vogt aus Schwetzingen regt an, beim nächsten Neujahrsempfang im Schloss doch mehr Sitzgelegenheiten für ältere Menschen und Behinderte anzubieten. Der Vorsitzende sagt dazu, dass das Thema schon bekannt sei und entsprechend aufgegriffen werde.

**TOP 3    Bebauungspläne**

### TOP 3.1 Änderung diverser Bebauungspläne / Anpassung an die Gestaltungssatzung Vorlage: 132/2006

#### Sitzungsverlauf:

Die Stadträtinnen Nötting, Münch und Maier-Kuhn sowie Stadtrat Back verlassen wegen Befangenheit den Ratstisch. Weitere Befangene sind nach Rückfrage nicht erkennbar.

Stadtrat Dr. Statkiewicz sagt in seiner kurzen Stellungnahme, dass Regelungen nur dann befolgt würden, wenn sie auch entsprechend einfach gefasst seien. Mit der Anpassung schaffe man die nötige Rechtsklarheiten im Interesse der Bauwilligen. Es handele sich um eine sinnvolle Maßnahme im Interesse eines Bürokratieabbaus.

Stadtrat Bauer hält die Anpassung nicht nur für sinnvoll, sondern im Hinblick auf vermeidbare Rechtsverfahren für dringend notwendig.

#### Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB werden die folgenden 9 Bebauungspläne geändert:

- Nr. 22 „Mühlenstraße 1. Änderung“
- Nr. 25 „Zwischen Grenzhöfer Weg und Gutenbergstraße“
- Nr. 31 „Nadlerstraße“
- Nr. 38/42 „Bismarckstraße – Marstallstraße 1. Änderung“
- Nr. 39/43 „Lindenstraße / Maschinenweg“
- Nr. 48 „Werderstraße - südlicher Teil“
- Nr. 51 „Parkhaus Alter Bauhof“
- Nr. 65 „Mannheimer Straße 40-50“
- Nr. 66 „Quartier XV“

2. Für die Geltungsbereiche der folgenden Bebauungspläne werden Satzungen über örtliche Bauvorschriften aufgestellt: Nr. 22, 25, 31, 38/42, 39/43, 48, 51.

3. Für die Geltungsbereiche der folgenden Bebauungspläne werden die Satzungen über die örtlichen Bauvorschriften geändert: Nr. 65 und 66.

4. Zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Änderung der Bebauungspläne wird gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Absatz 1 BauGB gehört.

5. Zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Aufstellung bzw. Änderung der Satzungen über örtliche Bauvorschriften wird gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Absatz 1 BauGB gehört.

6. Mit der Bearbeitung der Änderungen wird die BauLand ! Entwicklung GmbH beauftragt.

**Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 4**

**TOP 3.2 Bebauungsplan Nr. 68 "Oststadt" - Satzungsbeschluss  
Vorlage: 131/2006**

**Sitzungsverlauf:**

Die Stadträte Nötting, Nassner und Muth verlassen wegen Befangenheit den Ratstisch. Weitere Befangene sind nach Rückfrage nicht feststellbar.

Oberbürgermeister Kappenstein fasst die wesentlichen Einzelheiten des bisherigen Verfahrens zusammen (s. Anlage).

Bürgermeister Dallinger geht anschließend auf die verschiedenen Einzelheiten der ausgeteilten Tischvorlage ein.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof und Stadtrat Bauer sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Rupp lobt, dass sich der jetzige Satzungsbeschluss in vielerlei Hinsicht positiv gegenüber den ursprünglichen Entwürfen verändert habe, was dem intensiven Verfahren zu verdanken sei. Dennoch halte man manche Festsetzungen, insbesondere im Bereich des Rosenhofs, für nicht sachgerecht und ausgewogen. Hier sehe man nach wie vor viele Probleme auf die Stadt zukommen, weshalb man den Beschlussvorschlag ebenfalls ablehne.

Stadtrat Ackermann hält den neuen Bebauungsplan für einen neuen und ersten richtigen Schritt für die weitere Entwicklung der Oststadt. Alle Beteiligten hätten sich außerordentlich viel Mühe gegeben, so dass man jetzt einen guten Kompromiss gefunden habe.

Stadträtin Maier-Kuhn findet, dass man alle wesentlichen Einwendungen berücksichtigt habe. Insofern könne sie keine Abwägungsmängel erkennen.

**Beschluss:**

1. Die im Rahmen der erneuten Offenlage abgegebenen und eingeholten Stellungnahmen wurden behandelt. Der Abwägung wird in der vorgeschlagenen Form zugestimmt.
2. Es wird festgestellt, dass die abgegebenen und eingeholten Stellungnahmen ausreichend in den Bebauungsplanentwurf eingearbeitet wurden.
3. Der entsprechend geänderte Entwurf des Bebauungsplanes 'Oststadt', einschließlich Begründung, wird in der Fassung vom 04.01.2006 als Satzung beschlossen.
4. Der entsprechend geänderte Entwurf der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan 'Oststadt', einschließlich Begründung wird in der Fassung vom 04.01.2006 als Satzung beschlossen.

**Ja 13 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 3**

**TOP 4     Stellplatzsatzung "Oststadt" - Satzungsbeschluss  
Vorlage: 126/2005**

**Sitzungsverlauf:**

Die Stadträte Muth, Nassner und Nötting verlassen wegen Befangenheit den Ratstisch. Weitere Befangene sind nach Rückfrage nicht erkennbar.

Stadtrat Imhof begrüßt für die CDU die vorgeschlagene Satzung, die auch im Hinblick auf den Parkdruck durch die Schulen sehr wichtig sei. Ob es richtig gewesen sei, auf eine unterschiedliche Zonierung zu verzichten, müsse die Zukunft erweisen.

Stadtrat Bauer bittet unbedingt darauf zu achten, dass die Stellplätze nicht nur nachgewiesen würden, sondern auch tatsächlich anzufahren seien.

Stadtrat Junker stellt fest, dass ein Stellplatz je Grundstück in jedem Fall zu wenig gewesen sei. Ob 1,5 Stellplätze ausreichen, sei immerhin fraglich. Die Neuregelung sei aber in jedem Fall zu unterstützen.

Stadtrat Ackermann spricht vom „Auto als des Bürgers liebstes Kind“. Das erzeuge natürlich einen entsprechend hohen Nachdruck. Deshalb solle man in jedem Fall auch auf den tatsächlichen Nachweis der Stellplätze achten und keine Ablösung unterstützen.

**Beschluss:**

1. Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Oststadt wird gemäß § 74 Abs. 2 Nr. 2 Landesbauordnung (LBO) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung (GemO) die Stellplatzsatzung Oststadt beschlossen und die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen von 1 Stellplatz (§ 37 (1) LBO) auf 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit erhöht.
2. Entsprechend der Anregung der Verkehrsbehörde soll bei der Genehmigung zusätzlicher Stellplätze die Zufahrt zu neuen Stellplätzen möglichst über bestehende Grundstückszufahrten erfolgen.

**Ja 21    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 3**

**TOP 5      Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans  
              Bau eines bahnparallelen Radwegs zwischen der südlichen Bahnhofanlage  
              und dem Wohngebiet Leimbach-Markgrafenstraße  
              Vorlage: 137/2006**

**Sitzungsverlauf:**

Der Vorsitzende erläutert die näheren Einzelheiten zu der vorgesehenen Planung. Von der Bahnseite her biete Schwetzingen nicht nur Licht, sondern auch viel Schatten für den Betrachter. Die vorliegende Situation sei allen Beteiligten schon lange ein Dorn im Auge.

Die Stellungnahme von Stadtrat Imhof und Stadtrat Dr. Manske sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Junker ist ebenfalls froh, dass die Grünanlage jetzt komme. Der Bedarf für Stellplätze sei zudem gegeben. Die viel diskutierte Querspange sei durch die Umsetzung jetzt zumindest mittelfristig blockiert. Er halte es für richtig, diese zur Schaffung eines Wohnmobilplatzes an anderer Stelle in Schwetzingen aufzugreifen und mit einer Ver- und Entsorgungsstelle zu kombinieren.

Stadtrat Völker spricht davon, dass jetzt ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehe. Er hoffe, dass die wassergebundene Decke bei Schlechtwetter nicht zur Schlammwüste verkomme. Die Gelder seien in jedem Fall gut angelegt.

Stadträtin Maier-Kuhn unterstützt die vorgelegte Planung, möchte aber darauf hinweisen, dass damit die im Verkehrsentwicklungsplan genannten Varianten der Querspange bis auf weiteres nicht verwirklicht werden können.

**Beschluss:**

1. Dem Bau eines Park & Ride-Platzes mit insgesamt 75 Parkplätzen wird zugestimmt.
2. Dem Bau eines gemeinsamen Geh-und Radweges zwischen der südlichen Bahnhofanlage und dem Wohngebiet Leimbach – Markgrafenstraße wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Herstellung der Park & Ride-Plätze einen GVFG-Antrag zu stellen.

**Ja 24    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

**TOP 6 Fassadenwettbewerb  
Vorlage: 133/2006**

**Sitzungsverlauf:**

Die Begründung des Oberbürgermeisters für den vorgeschlagenen Fassadenwettbewerb ist als Anlage beigefügt.

Stadtrat Muth hält das Anliegen für eine gute Sache, die sowohl der Innenstadtqualität nütze, als auch das Handwerk unterstütze. Vielleicht solle man auch einmal bei Gelegenheit das schönste Geschäft in der Stadt prämiieren.

Stadträtin Nötting und Stadtrat Junker stimmen ebenfalls zu. Letzterer weist darauf hin, dass derartige Wettbewerbe nicht immer unproblematisch durchzuführen seien. Aber man solle es durchaus ausprobieren und Erfahrungen auswerten.

Stadtrat Ackermann berichtet über positive Erfahrungen bei früheren Wettbewerben in den 70-er Jahren.

**Beschluss:**

Für den Geltungsbereich der Gestaltungssatzung Innenstadt wird ein Fassadenwettbewerb ausgelobt und durchgeführt.

Mit der Vorbereitung und der Betreuung der Durchführung des Verfahrens wird das Stadtbauamt in Zusammenarbeit mit Herrn Voegele, Stadtplanung Voegele und Gerhardt, Karlsruhe betraut.

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**



### TOP 7 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

#### Sitzungsverlauf:

Stadtrat Ackermann bezieht sich auf das Unglück in Bad Reichenhall, bei dem ein Dach einer Eislaufhalle einstürzte, und fragt nach dem Stand der Überprüfung von Dächern öffentlicher Gebäude in Schwetzingen. Der Oberbürgermeister berichtet, dass eine Aufstellung gemacht worden sei. Zunächst werde man schwerpunktmäßig Dächer mit Leimbinderkonstruktionen überprüfen, weitere Schwerpunkte würden in Abstimmung mit dem TÜV gebildet. Die Gremien würden jeweils entsprechend unterrichtet.

Stadtrat Ackermann unterbreitet den Vorschlag, die Marktzeit über 13 Uhr hinaus zu verlängern. Der Vorsitzende möchte den Vorschlag gerne aufgreifen und ihn auch im Zusammenhang mit dem Thema „Kleine Planken“ prüfen. Er weiß jedoch, dass es hier durchaus kontroverse Meinungsbilder seitens der Beschicker gibt.

Stadtrat Müller möchte gerne wissen, ob in der Kurpfalz-Passage eine neue Lounge geplant sei. Bürgermeister Dallinger berichtet, dass diesbezüglich ein Antrag vorliege, ein Anspruch auf Genehmigung bestehe allerdings nur im Rahmen der Vorschriften.

Stadtrat Junker bittet um Mitteilung, bis wann mit der Umsetzung der Einbahnstraßenregelung in der Röntgenstraße zu rechnen sei. Diese werde voraussichtlich in Abstimmung mit Oftersheim in der 5. KW eingerichtet, so der Oberbürgermeister.

Weiterhin ist Stadtrat Junker der Auffassung, dass der Eingangsbereich der Kreissporthalle sehr dunkel sei. Laut Bürgermeister Dallinger sei das Problem bekannt und werde aufgegriffen.

Außerdem interessiert sich Stadtrat Junker für den aktuellen Sachstand bei der Überbauung des Grundstücks am Bismarckplatz. Der Oberbürgermeister verweist auf die nicht öffentliche Sitzung, in der es nähere Erläuterungen gebe.

Stadträtin Münch bemängelt, dass die Feuerwehrezufahrt bei der Nordstadthalle bei Großveranstaltungen zeitweise zugeparkt sei. Für Bürgermeister Dallinger trifft dieser Sachverhalt so nicht zu. Es bestünden klare Absprachen mit der Feuerwehr und der Polizei bezüglich deren Einhaltung. Auch würden regelmäßig Kontrollen durchgeführt.

Weiterhin schlägt Stadträtin Münch vor, eine Zwischenlösung im Hinblick auf die Barrierefreiheit des Bahnhofs zu schaffen, nachdem sich die endgültige Lösung für die Bahnsteigerhöhung und Sanierung noch hinziehe. Beispielsweise könne ein Treppenlift mit entsprechenden Schienen angebracht werden. Für den Oberbürgermeister und den Bürgermeister ist dies durchaus vorstellbar. Man werde Kontakt mit der Bahn aufnehmen.

Stadtrat Dr. Statkiewicz möchte gerne wissen, bis wann die Strecke B 535 freigegeben werde. Oberbürgermeister Kappenstein berichtet von einem aktuellen Gespräch mit der Leitung des Straßenbauamts. Danach werde es voraussichtlich keine Teilfreigaben geben. Die Gesamtfreigabe für den Abschnitt bis zur Carl-Theodor-Brücke werde für dieses Jahr noch angestrebt.

Stadtrat Bährle fragt an, wer denn für das Räumen und Streuen bei Schnee und Eis in der Mitte der Fußgängerzone zuständig sei. Der Bürgermeister berichtet, dass dies grundsätzlich Aufgabe der Stadt sei. Es würde allerdings nur geräumt, wenn dies leistbar sei, da bei entsprechenden Wetterbedingungen nach einem Prioritätenplan vorgegangen würde.

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.01.2006**

---

Stadträtin Glöckler bezieht sich auf den Bericht in der Schwetzingener Zeitung hinsichtlich der Situation in Sachen Einkaufsmarkt in der Gustav-Hummel-Straße. Der Vorsitzende erklärt, dass man nicht in die Belange von Eigentümern und Pächtern eingreifen könne. Allerdings sei der neue Besitzer mitten in den Planungen und optimistisch, dass es dort wieder gelinge, einen Vollversorger zu integrieren.

